

## Wirtschaftspolitische Standortbestimmung in NRW zur Mitte der Legislaturperiode 2012 bis 2017

Die Landesregierung bekennt sich immer wieder deutlich zur großen Bedeutung von Mittelstand und Industrie für die Zukunft unseres Bundeslands. Das begrüßen wir ausdrücklich. Trotzdem hat sie in den vergangenen Jahren immer wieder wichtige Weichen falsch gestellt: Hohe Haushaltsdefizite, Alleingang im Klimaschutz, bürokratisches Tariftreuegesetz, entwicklungshemmender LEP-Entwurf, rückwärtsgewandtes Hochschulgesetz und vieles mehr. Eine Willkommenskultur für Investitionen und Arbeitsplätze sieht wahrlich anders aus. Und wir müssen feststellen: NRW ist bei Wachstum und Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren gegenüber dem Bundesschnitt deutlich zurückgefallen.

Nordrhein-Westfalen hat große Chancen und Potenziale. Wir sind überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen mit einer neuen Willkommenskultur für Unternehmen wieder deutlich weiter nach vorne kommen kann. Denn das Land wird den Wettlauf unter den besten Zukunftsstandorten nicht ohne die Unternehmen gewinnen. Daher brauchen wir eine neue Aufbruchsstimmung für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze. Wenn die Landesregierung jetzt die zweite Halbzeit der Legislaturperiode für die angekündigte wirtschaftspolitische Offensive nutzt und tatsächlich Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeitsplätze schafft, hat sie hierbei unsere volle Unterstützung.

### I. Bilanz der ersten Halbzeit

- **NRW-Finanzpolitik: Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts gefährdet**
  - Spielraum des Landes für Zukunftsinvestitionen wird immer geringer
  - Wahrnehmbarer Imageschaden für den Wirtschaftsstandort NRW
  - Massive Ausgabensteigerungen und fehlender Konsolidierungspfad
  - Aufnahme der Schuldenbremse in NRW-Verfassung verpasst
  - Mit Steuerer- und Abgabenerhöhung (z.B. Grunderwerbssteuer) dem Wirtschaftsstandort NRW geschadet
  - Weichenstellungen des Landes rufen massive Grund- und Gewerbesteuererhöhungen in den Kommunen hervor
  
- **NRW-Energiepolitik: Mit Licht und Schatten**
  - Entschlossener Einsatz für die Industrie im Rahmen der EEG-Reform
  - Wichtige (aber späte) Weichenstellung für Fertigstellung Datteln IV
  - Voreilige Beschränkung des Braunkohleabbaus Garzweiler II
  - LEP- und Klimaschutzvorgaben schränken Kraftwerksbau ein

- **NRW-Umweltpolitik: Unsinniger Alleingang beim Klimaschutz**
  - ❑ Klimaschutz als Raumordnungsziel führt zu massiver Rechts- und Planungsunsicherheit für investitionswillige Unternehmen
  - ❑ Klimaschutzplan droht NRW-Wirtschaft im Wettbewerb zu belasten
  - ❑ NRW-Klimaschutz ohne positive Wirkung auf Klima in Europa
  - ❑ Unnötige Sonderwege im Naturschutz (z.B. Biodiversitätsstrategie)
  
- **NRW-Landesentwicklungsplan: Entwurf als Wachstumsbremse**
  - ❑ Starke Einschränkungen bei Industrie- und Gewerbeflächenausweisung
  - ❑ Schädliche Beschränkungen für Rohstoffabbau und Kraftwerksbau
  - ❑ Abschreckende Wirkung auf investitionswillige Unternehmen
  - ❑ Negatives Signal für wirtschaftliche Entwicklung in NRW
  
- **NRW-Tariftreugesetz: Bürokratiemonster mit Symbolkraft**
  - ❑ Massiver Aufwand und Kosten für Unternehmen und öffentliche Hand
  - ❑ Bürokratischer NRW-Sonderweg bei Mindestlohn und Zeitarbeit
  - ❑ Groteske Erhöhung des NRW-Mindestlohns trotz Bundesmindestlohn
  - ❑ Ausufernde Dokumentation zu ILO-Normen und Frauenförderung
  
- **NRW-Verkehrspolitik: Infrastruktur mit großen Defiziten**
  - ❑ Überlastung der Verkehrsinfrastruktur in NRW besonders dramatisch
  - ❑ NRW schneidet bei Bundesmittelvergabe besonders schlecht ab
  - ❑ Schwere Versäumnisse bei der Planung notwendiger Projekte
  - ❑ Allein 2013 lässt NRW Bundesmittel i.H.v. 42 Mio. € verfallen
  - ❑ Finanzmittel für Landesstrassen stagnieren auf niedrigem Niveau
  
- **NRW-Arbeitsmarktpolitik: Regulierung als Leitlinie**
  - ❑ Permanente Forderungen nach zusätzlicher Regulierung
  - ❑ Keine Initiativen für leichteren Einstieg von jungen Arbeitslosen, Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen in regulären Arbeitsmarkt
  - ❑ Zu einseitige Förderung von öffentlich geförderter Beschäftigung
  - ❑ Aber: Zusammenarbeit mit Wirtschaft in Initiative „Demografie aktiv“
  
- **NRW-Hochschulpolitik: Rückwärtsgewandt**
  - ❑ Gesetzesnovelle mit erheblichen Eingriffen in Hochschulautonomie
  - ❑ Fortschritte der letzten Jahre werden fahrlässig aufs Spiel gesetzt
  - ❑ Misstrauen gegen Kooperationen mit Unternehmen gesteigert
  - ❑ Keine besondere Förderung Duales Studium und MINT-Fächer
  - ❑ Immerhin: Sachgerechte Lösung zu Drittmittelforschung
  
- **NRW-Ausbildungskonsens: Fortschritte bei Berufsorientierung**
  - ❑ Positive Ansätze durch neues Übergangssystem Schule – Beruf
  - ❑ Aber: Zuletzt undifferenzierte Diskussion zu Ausbildungssituation

- **NRW-Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz: Ausweitung auf Azubis**
  - Unverständliche Einschränkung der Ausbildungszeit im Betrieb
  - Immerhin: notwendige Beschränkungen zu Dauer und Inhalt
- **NRW-Schulpolitik: Mit Licht und Schatten**
  - Sinnvolle Beruhigung der Schulstrukturdebatte
  - Besonnenere G8-Politik (Abitur nach 12 Jahren) als anderswo
  - Aber: Weiterhin Qualitätsdefizite an NRW-Schulen deutlich sichtbar
- **NRW-Initiativen: Unternehmen unter Generalverdacht gestellt**
  - Eindimensionale Bundesrats-Initiative zu „Anti-Stress-Verordnung“
  - Verzerrte PR-Kampagne gegen Zeitarbeit, Befristungen, Werkverträge
  - Stimmungsmache mit NRW-Entwurf zum „Unternehmensstrafrecht“
- **500. Reformationstag 2017: Feiertag auf Kosten der Unternehmen**
  - Wenig Verständnis für Belange der Unternehmen
  - Aber: Landesregierung hat „günstige“ Lage der Herbstferien bewirkt
- **NRW-Mittelstandsgesetz: Intensiveren Dialog etabliert**
  - Richtiges Bekenntnis zu Unternehmertum und Mittelstandsförderung
  - Einführung Mittelstandsbeirat intensiviert Dialog mit Landesregierung
  - Praxisnähere Gesetzgebung durch Clearingverfahren Mittelstand

## II. Kernforderungen für die zweite Halbzeit

- **Willkommenskultur für Unternehmen und Investitionen etablieren**
  - Aufbruchsstimmung für Wachstum und Arbeitsplätze schaffen
  - Akzeptanz von Industrie und Gewerbe stärken
  - Unternehmen nicht als Gegner, sondern als Partner sehen
  - Deregulierung vorantreiben, auf neue Regulierung verzichten
  - Planungs- und Rechtssicherheit für Investitionen sicherstellen
- **Innovation und Forschung entschlossen fördern**
  - Für steuerliche Forschungsförderung auf Bundesebene einsetzen
  - Fördermittel stärker auf Forschung und Entwicklung fokussieren
  - Weiter auf technologieoffene Projektförderung setzen
  - Förderprogramme entbürokratisieren statt mit gesellschaftspolitischen Zielen zu überfrachten
  - Freiräume für Exzellenz und Profilbildung an Hochschulen ausbauen
  - Kooperationen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken
  - Industrie 4.0 als Zukunftsthema aufgreifen und Rahmenbedingungen für die Digitalisierung von Wertschöpfungsnetzwerken schaffen

- **Haushaltskonsolidierung entschlossener vorantreiben**
  - Konsolidierungspfad verbindlich festlegen
  - Wirksame Schuldenbremse in Landesverfassung einführen
  - Steuer- und Abgabenerhöhungen ausschließen
  - Aufwärtsspirale bei Grund- und Gewerbesteuern stoppen
  - Wirtschaftswachstum als Konsolidierungschance erkennen
  
- **Einsatz für wettbewerbsfähige Energiepreise fortsetzen**
  - Für wettbewerbsfähige Energiepreise auch nach EEG-Reform einsetzen
  - Nicht entlasteten produzierenden Mittelstand in den Blick nehmen
  - Auf Leistungspreisen ausgerichtetes Strommarktmodell ohne Aufbau neuer Subventionen weiterentwickeln
  - Energieinfrastrukturen stützen und erweitern
  - Energieträger Braunkohle im Energie-Mix des Landes erhalten
  - Keine Initiativen zur Verschärfung des Emissionshandels ergreifen, die einheimische Unternehmen im Wettbewerb belasten
  - Integration der Erneuerbaren Energien in den Wettbewerb verstärken
  
- **Kurskorrektur beim Klimaschutz entschlossen angehen**
  - Alleingänge stoppen und Rücknahme regionaler Ziele umsetzen
  - Einzelmaßnahmen im Klimaschutzplan vermeiden, die NRW-Unternehmen im Wettbewerb einseitig belasten
  
- **LEP-Entwurf gründlich überarbeiten**
  - Unternehmen genügend Platz für wirtschaftliche Entwicklung lassen
  - Freiraum für Gewerbe- und Industrieflächenausweisungen schaffen
  - Regionalplanung nicht mit Klimaschutz-Vorgaben überfrachten
  - Für Planungs- und Kalkulationssicherheit bei Rohstoffabbau sorgen
  - Keinen Verhinderungsplan für Kraftwerksneubauten erstellen
  
- **Zu Infrastrukturprojekten bekennen und Planungen vorantreiben**
  - Entschlossenen Einsatz für NRW-Infrastrukturprojekte beim Bund zeigen
  - Planungskapazitäten schnell und spürbar ausbauen
  - Zusätzliche Mittel für Landesstraßenbau und -sanierung bereitstellen
  - Transparenten Zustandsbericht über die NRW-Infrastruktur erstellen
  - Für höhere Akzeptanz von Infrastrukturprojekten werben
  - Breitbandinfrastruktur massiv ausbauen
  
- **Keine Sonderwege im Umweltbereich einschlagen**
  - Anspruchsvolles Naturschutzrecht nicht noch weiter verschärfen
  - Auf zusätzliche Umweltabgaben (z.B. Kiesabgabe, Erhöhung Wasserentnahme-Entgelt) verzichten

## ■ Landesvergaberecht entbürokratisieren

- Tariftreue- und Vergabegesetz NRW abschaffen
- Zumindest aber:
  - NRW-Regelungen zu Mindestlohn und Zeitarbeit mit Gesetzgebung im Bund vereinheitlichen
  - Nachweis vergabefremder sozialer Kriterien stark vereinfachen
  - Ineffektive und bürokratische Vorgaben zu Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf abschaffen
  - Mit höheren Schwellenwerten Teilnahmebarrieren abbauen

## ■ Beschäftigungschancen schaffen und Fachkräftesicherung fördern

- Auf zusätzliche Regulierung des Arbeitsmarkts verzichten
- Förderschwerpunkt auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt legen
- Teilqualifizierung für junge Menschen ohne Berufsabschluss verbessern
- Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit von Frauen verbessern
- Für gezieltere Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte einsetzen
- Berufsbegleitende Studiengänge entschlossener fördern

## ■ Duale Ausbildung stärken

- Fundierte und systematische Berufsorientierung weiter fördern
- Ausreichende Lehrerversorgung bei den Berufsschulen sicherstellen
- Ausbildungsumlage eine klare Absage erteilen

## ■ Qualitätsoffensive bei Schulen und frühkindlicher Bildung starten

- Nach quantitativem Ausbau in Kitas nun Qualität verbessern
- Ganztagsangebote u.a. an Grundschulen dringend weiter forcieren
- Betreuungszeiten deutlich flexibler gestalten und stärker an den Bedarfen der Beschäftigten orientieren
- MINT-Bildung durch feste Verankerung im Fächerkanon und hochwertigen und praxisnahen Unterricht stärken
- MINT-Lehrkräftenachwuchs sicherstellen
- Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Bildung ergreifen